

MANNdat-Faktensammlung

Jungen in Deutschland – Die politisch gewollte Perspektivlosigkeit?

19 Punkte, die belegen, dass Deutschland eine jungenfeindliche Bildungs- und Jugendpolitik betreibt

von Dr. Bruno Köhler; Stand Januar 2006

Jungen haben heute eine geringere Bildungsbeteiligung und ein geringeres Bildungsniveau als Mädchen. Wer nun aber denkt, die Politik würde den Fokus ihrer Bemühungen wieder verstärkt auch den Jungen zuwenden, täuscht sich. Es ist unglaublich, aber wahr: In Deutschland werden erwachsene Frauen gefördert, aber Jungen diskriminiert. Die nachfolgenden Punkte belegen, dass die Bildungsdiskriminierung von Jungen in Deutschland kein Zufall ist, sondern das Ziel einer Jungen diskriminierenden Bildungs- und Jugendpolitik, die Jungen im Sinne einer »positiven« Diskriminierung als Frauenfördermittel bewusst schlechter stellt und die zunehmende Perspektivlosigkeit von Jungen bewusst in Kauf nimmt:

BILDUNGSPOLITIK

- Im Jahr 1985 ließ Marianne Grabrucker, eine damals vielzitierte Autorin, verlauten: »...die Anerkennung der Mädchen kann nur auf Kosten der kleinen Buben geschehen.« [Grabrucker 1985, 284] Ein Jahr später war in EMMA folgendes zu lesen: »Wenn wir wirklich wollen, dass es unsere Töchter einmal leichter haben, müssen wir es unseren Söhnen schwerer machen.« [EMMA 1986/6] Schon in den achtziger Jahren hat also der Feminismus die Diskriminierung von Jungen als politisches Ziel formuliert.
- Frau Cornelißen, Leiterin der Abteilung Geschlechterforschung und Frauenpolitik des Deutschen Jugendinstitutes München, ein einflussreiches Jugendforschungsinstitut, bestreitet in der Frankfurter Rundschau am 30.07.2003 keineswegs, dass die zunehmende Feminisierung des Bildungswesens durchaus »die sprachliche Entwicklung von Jungen« hemmt. Aber nach ihrer Meinung sei der Bildungsvorsprung für die Mädchen auch dringend erforderlich, um gleiche Chancen im Beruf zu haben.
- Schon im Jahr 2001, also ein Jahr nach PISA, initiierte die damalige Bundesbildungsministerin Bulmahn (SPD) ein Forum Bildung, das spezielle Fördermaßnahmen für Mädchen und für Jungen anregte. U.a. empfahl es die Integrationsförderung von Jungen in erzieherische und pädagogische Berufe und die gleiche Teilhabe von Mädchen und Jungen an Maßnahmen zur Erweiterung des Berufswahlspektrums auf geschlechtsuntypische Berufe. Im gleichen Jahr wurde der »Girls-Day«, der Zukunftstag für Mädchen, eingeführt, also eben eine solche Maßnahme zur Erweiterung des Berufswahlspektrums auf geschlechtsuntypische Berufe. Die Jungen wurden aus diesem Zukunftstag von Beginn an systematisch ausgegrenzt. Daran änderte auch die Einführung des Projektes »Neue Wege für Jungs« nichts. Bis heute gibt es nur ein Bundesland, das Jungen am Zukunftstag NICHT ausgrenzt, und zwar Brandenburg. Im Jahr 2006 wird noch Niedersachsen dazu kommen.
- In Landesgleichberechtigungsgesetzen wird die Integration von Frauen in männerdominierte Berufsbereiche gefördert. Eine Integrationsförderung für Männer in frauendominierte Berufsbereiche, wie es das Forum Bildung empfahl, gibt es nicht. Der Petitionsausschuss des Landes Baden-Württemberg hat die Forderung nach Maßnahmen zur Integrationsförderung von Männern in erzieherische und pädagogische Berufe im Rahmen der Novellierung des

Landesgleichberechtigungsgesetzes abgelehnt (siehe hierzu Drucksache des Landtages Drucksache 13/4423). Stattdessen muss selbst in frauendominierten Berufsbereichen Frauenförderung betrieben werden. So sind z.B. im Landesgleichberechtigungsgesetz in Baden-Württemberg ein Frauenförderplan und die Wahl einer Frauenvertretung sogar in Berufsbereichen vorgeschrieben, in denen eine Unterrepräsentanz von MÄNNERN vorliegt, z.B. in erzieherischen Berufen. Anstatt den Männeranteil in erzieherischen Berufen zu erhöhen, wird die zunehmende Feminisierung des Erziehungsbereiches somit sogar politisch gefördert.

- Die PISA-Studie legte schon im Jahr 2000 dar: »Diese Ergebnisse zeigen, dass die schwachen Leistungen der Jungen in den meisten OECD Staaten eine ernste bildungspolitische Herausforderung darstellen, der besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte, um den Anteil der Schülerinnen und Schüler auf dem untersten Leistungsniveau zu verringern.« Bis heute stellt sich Deutschland dieser bildungspolitischen Herausforderung nicht. Die Bildungsministerien von Bund und Ländern bieten im geschlechtsspezifischen Förderbereich nach wie vor nahezu ausschließlich Mädchenprojekte an. Unter dem Thema »Gleichstellung« ist in allen Ministerien ausschließlich Frauenförderung zu finden. Die Bildungsdiskriminierung von Jungen ist nirgends Thema!
- Die Leseförderung der Jungen ist, wie von der OECD im Sommer 2003 formuliert, prioritäres Bildungsziel weltweit [Dorothee Gaile in »Lesekompetenz fördern von Anfang an« von E. Gläser, G. Franke-Zöllmer, Schneider Verlag Hohengehren GmbH, 2005 S. 114]. Man muss leider ergänzen: weltweit, außer in Deutschland. Im nationalen Ableger des OECD-Bildungsberichtes »Bildung auf einen Blick«, bei dem die Mitgliedsländer die für ihr Land wichtigen Themen zusammenstellen, ist die Lesekompetenz kein Thema.
- In eben diesem Bildungsbericht, hierzulande herausgegeben vom Bundesbildungsministerium, wird geschlechtsspezifisch nur die Bildungssituation der Mädchen und jungen Frauen wiedergegeben. Als Beispiel seien die Berichte aus 2002 und 2003 genannt: Im Bericht 2002 wird in dem 32-seitigen Bericht auf S. 2, 9, 10 und 26 ausführlich über die Probleme der Schülerinnen mit dem Computer und den niedrigen Frauenanteil in den Ingenieur- und

Naturwissenschaftsstudiengängen berichtet. Im 23-seitigen Bericht 2003 werden auf S. 6, 7 und 8 wieder die relativ selten von Frauen gewählten Studiengänge in den Naturwissenschaften und im Ingenieurwesen ausführlich beschrieben. In beiden Berichten findet sich jedoch kein einziges Wort über die schlechteren Schulabschlüsse der Jungen, den niedrigeren Jungenanteil, je höher die Schulart ist, die erheblich schlechteren Lesekompetenzen der Jungen, ihre höhere Schulabbruchrate und die niedrigeren Anteile von Männern an Studiengängen zu sozialen und erzieherischen Berufen.

- Die Soziologin Dr. Heike Diefenbach stellte in einer Studie fest: Je höher der Anteil von Grundschullehrerinnen in einem Bundesland ist, desto größer sind die Nachteile von Jungen. Trotzdem gibt es keine annähernd ähnliche Integrationsförderung von Jungen und jungen Männern in den Bereich des Grundschullehrers wie umgekehrt Frauenförderprogramme. [Vgl. hierzu: Diefenbach, Klein: »Bringing Boys Back In« aus: Pädagogik, 48, Heft 6, 2002 S. 938ff.]
- Jungen in der vierten Grundschulklasse erhalten bei gleicher Leistung in Deutsch und Sachkunde oft schlechtere Noten als Mädchen. Dies geht aus dem 2005 veröffentlichten dritten Band der »Internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung« (IGLU) zum Leseverständnis von Viertklässlern hervor. »Jungen werden leicht benachteiligt«, sagte der wissenschaftliche Leiter der IGLU-Studie für Deutschland, Prof. Wilfried Bos. Ursache für die besseren Noten der Mädchen sei möglicherweise deren Wohlverhalten.
- Die PISA-Studie hat auch gezeigt, dass insbesondere in Deutschland das Bildungsniveau von der sozialen Stellung der Eltern abhängt. Insbesondere Migrantenkinder haben deshalb verstärkt Probleme. Die Shell-Jugendstudie 2000 legte dar, dass gerade männliche ausländische Jugendliche einen größeren Pessimismus gegenüber der Zukunft haben als weibliche. Aber auch hier bleibt die Jugend- und Bildungspolitik in Deutschland konsequent jungendiskriminierend. So wurde im Jahr 2004 mit der Studie »Viele Welten leben« im Auftrag des Bundesjugendministeriums unter Ministerin Renate Schmidt (SPD) und der Migrantenauftragten Marieluise Beck (Die Grünen) eine Studie verfasst, die sich ausschließlich mit der Lebenssituation weiblicher Migrantinnenjugendlicher befasste; die

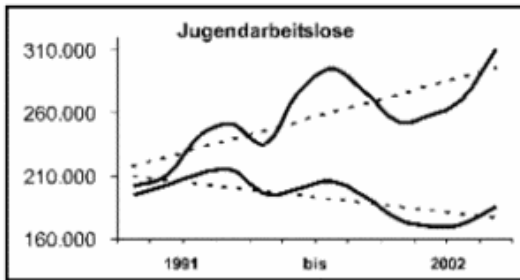
männlichen Migrantenjugendlichen blieben außen vor.

- Die frühere NRW-Bildungsministerin Schäfer (SPD) erklärte in der Recklinghäuser Zeitung vom 11.08.2003 bezüglich der Kritik des Elternvereins und der FDP an zu wenig männlichen Erziehern und Pädagogen, dass die geschützte Freiheit der Berufswahl es verbiete, Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils männlicher Erzieher und Lehrer durchzuführen. Angesichts der Vielzahl von Fördermaßnahmen zur besseren Integration von Frauen in männerdominierte Berufsbereiche eine klare Unwahrheit.
- Nach der neuen Geschlechterpolitik *Gender Mainstreaming* müssen bei allen politischen Maßnahmen die Auswirkungen geschlechtsspezifisch betrachtet und eventuelle Ungleichbehandlungen ausgeglichen werden. Zudem ist 1995 der Artikel 3 des Grundgesetzes geändert worden. Seit dem müssen nicht nur unmittelbare, sondern auch mittelbare Diskriminierungen bekämpft werden. Jungen haben in Deutschland das schlechtere Bildungsniveau und die schlechtere Bildungsbeteiligung. Hier liegt eine deutliche zumindest mittelbare Diskriminierung vor. Nach Gender Mainstreaming und der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland hätten längst jungenspezifische Maßnahmen durchgeführt werden müssen. Doch nichts geschieht. Bislang gibt es noch nicht einmal politisch initiierte Studien, die speziell die Bildungsdiskriminierung der Jungen analysieren und Abhilfemaßnahmen vorschlagen sollen. Umgekehrt gibt es regelmäßig rein mädchen- und frauenspezifische Studien (z.B. die Migrantinnenstudie »Viele Welten leben« usw.). Hier zeigt sich, dass Gender Mainstreaming in Deutschland als Frauenfördermittel funktionalisiert wird.

SOZIALPOLITIK

- In NRW wurde 2005 eine Gender Mainstreaming-Stelle (die neue europäische geschlechterpolitische Richtlinie, die in der Theorie weibliche UND männliche Mitbürger gleichermaßen ins Blickfeld nehmen soll) für Jugendarbeit eingerichtet. Diese Stelle wurde beim Verein »Frauen unterstützen Mädchenarbeit« (FUMA) eingerichtet. Dieser Name klingt nicht nach objektiver Jugendarbeit für Mädchen und Jungen.

- Maßnahmen für Jungen werden von verschiedenen Organisationen bekämpft. So kritisierte 2005 Helga Papendick-Apel vom DGB das Vorhaben Niedersachsens, auch Jungen zukünftig gleichberechtigt am Zukunftstag zu beteiligen. Ulrike Häfner, Projektleiterin der KuKMA (Kontakt- und Koordinierungsstelle für außerschulische Mädchenarbeit im Land Brandenburg), griff die Landesregierung von Brandenburg ebenfalls 2005 an, weil diese einen Zukunftstag für Mädchen und Jungen veranstaltet, anstatt nur einen Zukunftstag für Mädchen. Mädchenförderung beschränkt sich also mittlerweile nicht mehr nur auf die unmittelbare Förderung von Mädchen, sondern beinhaltet auch Maßnahmen GEGEN Jungenförderung.
- Das vom Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend geförderte Projekt »Neue Wege für Jungs« ist keinesfalls gleichwertig mit den Frauen- und Mädchenförderprojekten, so wie dies oft suggeriert wird. Zum einen ist es nur ein Pilotprojekt, das lediglich von 2005 bis 2007 läuft (zum Vergleich: Das »Girls-Day« Projekt ist u.W. auf 10 Jahre angelegt). Auch der Stellenaufwand von 1,5 Stellen ist im Vergleich zum Kompetenzzentrum »Frauen in Informationsgesellschaft und Technologie« vergleichsweise gering und keineswegs gleichwertig. Das Projekt »Neue Wege für Jungs« wird ferner von Bildungsministerium bislang im Gegensatz zum Girls-Day NICHT unterstützt.
- In immer mehr Jugendhilfsprojekten werden Jungen ausgegrenzt oder nachrangig berücksichtigt. Immer mehr Kampagnen richten sich ausschließlich oder vorrangig für Hilfsmaßnahmen für Mädchen. Als Beispiele seien hier PLAN Deutschland oder die Kindernothilfe genannt.
- Laut EU-Statistik eurostat lag im April 2003 die Arbeitslosenquote der männlichen Jugendlichen in Deutschland bei 12,3%, die der weiblichen Jugendlichen bei 8,6%, d.h. die Jugendarbeitslosenquote liegt bei der männlichen Bevölkerung um etwa 43% höher als bei der weiblichen. Sowohl die absolute als auch die relative Arbeitslosigkeit der Männer ist höher als die der Frauen. Tendenz steigend. Die nachfolgende Graphik zeigt die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in den Jahren von 1991 bis 2002. Nach offiziellen Daten der ehemaligen Bundesanstalt für Arbeit und dem Bremer



Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) ist in Deutschland die Arbeitslosigkeit von Juli 1998 zu Juli 2003 von Männern um 11,4% gestiegen, von Frauen um 1,4% gefallen. »Für Deutschland hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung hochgerechnet, dass bis zum Jahr 2010 bis zu 1,5 Millionen männliche Arbeiter ihren Job verlieren werden - viermal so viele wie Frauen.« (Christoph Kucklick in Geo 09/00: »Neuer Mann - was nun?«). Trotzdem werden männliche Arbeitslose bei der Arbeitsförderung benachteiligt. Die folgende Meldung stammt aus dem Presse-Info 52 der Bundesanstalt für Arbeit vom 06.08.03: »Frauen profitieren überdurchschnittlich stark von der Arbeitsförderung der Bundesanstalt für Arbeit (BA). 43,6 Prozent der Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zwischen Juli 2002 und Juni 2003 waren Frauen. Damit wurde die gesetzlich festgelegte Zielförderquote von 41,3% deutlich überschritten.«

- Frau Anne Jenter, Gleichstellungsexpertin des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), fordert sogar eine Frauenausbildungsquote, mit der männliche Jugendliche beim Kampf um einen Ausbildungsplatz gezielt benachteiligt werden sollen.
- Während um Deutschland herum fast alle Länder die Männer-Wehrpflicht abschaffen oder aussetzen, bleibt Deutschland bei der Zwangspflicht für Männer. Bedauerlicher Weise erhält Deutschland ausgerechnet von der EU Unterstützung, die die einseitige geschlechtsspezifische Zwangsverpflichtung von Männern duldet und akzeptiert. Somit werden in Deutschland Jungen wie seit Kaisers Zeiten gezielt in archaische Männerrollen gezwängt. Gleichzeitig will man ihnen aber die neuen Pflichten zusätzlich aufbürden. Somit werden die Jungen zu den Prügelknaben eines Geschlechterkrieges degradiert, indem man von ihnen die Rolle des »neuen« Mannes und gleichzeitig die Rolle des archaischen Mannes abverlangt. Zu allem Überdross lässt die Politik, welche die Jungen diesem doppelten

Druck aussetzt, noch kläglich mit ihren Zukunftsproblemen im Stich.

Diese beispielhafte Zusammenstellung zeigt: Die Jungenkrise ist weder überraschend noch ungewollt, sondern politisches Kalkül. Diese verharmlosend als »positive Diskriminierung« genannte Bildungsdiskriminierung von Jungen nimmt bewusst die zunehmende Perspektivlosigkeit der Jungen - mit all ihren Konsequenzen - leichtfertig in Kauf. Nach wie vor gilt die politische Doktrin, dass es eine Benachteiligung von Jungen/Männern nicht geben kann und somit eine Schlechterstellung von Jungen lediglich ein Maß für die Güte von »Gleichstellung« wäre. In der Vergangenheit hat sich die Politik bemüht, die Zukunftsperspektiven von Mädchen zu verbessern. Dies war richtig und ist auch immer noch richtig. Bei diesem Engagement hat die Politik die Situation der Jungen jedoch gänzlich aus den Augen verloren. Ein geschlechtsspezifisch differenzierter Blick macht deutlich, dass sich unsere Gesellschaft auch intensiv damit befassen muss, wie unsere Jungen aufwachsen und welche Zukunftsperspektiven ihnen offen stehen. Es geht nicht mehr nur um die Glaubwürdigkeit von Geschlechterpolitik, es geht vor allem um die Zukunftsfähigkeit von Jungen. Wir versäumen immer mehr, uns mit der Gefühlswelt unserer Jungen auseinander zu setzen. Statt dessen bemühen sich Wissenschaft, Politik und Medien, die Fakten zu verharmlosen und zu relativieren. Wissenschaftliche Erkenntnisse werden ideologisch interpretiert und Jungen attestiert, sie wären biologisch weniger wert als Mädchen. Wir appellieren deshalb an alle Menschen, die einen Funken Gerechtigkeitssinn inne haben: Kämpfen Sie mit uns gegen die Bildungsdiskriminierung von Jungen!

Herausgegeben von MANNdat e.V.,
geschlechterpolitische Initiative.

www.manndat.de